

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verantwortlicher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Verantwortlicher: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erhebung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Siebengespaltene Nonpareilzeile ober deren Raum 10 Pf. „Kleine Anzeigen“ das Setzgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklameweile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Donnerstag, den 19. Dezember 1918

Nummer 63

Kein weiterer Einmarsch der Entente.

Deutschland und die Entente.

Aus Holland wird uns von unserem Vertreter gemeldet: Die Frage der weiteren Besetzung des deutschen Gebietes ist bisher in englischen amtlichen Kreisen nicht ernstlich erörtert worden. Meldungen über einen beabsichtigten weiteren Einmarsch sind daher völlig unzutreffend. Nach den letzten Entscheidungen der alliierten Regierungen wird die allgemeine Demobilisation an der Westfront nach Möglichkeit beschleunigt. Maßgebende Entente-Kreise beurteilen die Aktion Fehrenbachs durchaus ungünstig. Die Ententerregierungen werden in den nächsten Tagen vor Angelegenheiten der Kompten der jetzigen deutschen Regierung Stellung nehmen und ihren Standpunkt in einer offiziellen Erklärung festlegen.

Vorfriedensverhandlungen Anfang Januar.

Paris, 18. Dezember. Eine Note der Agence Havas erklärt, daß die Vorfriedensverhandlungen wahrscheinlich in der ersten Hälfte des Monats Januar anfangen werden.

Die Friedensdistinon.

London, 18. Dezember. (Reuter.) Die „Daily News“ schreiben: Die grundlegenden Argumente der amerikanischen Delegation in Paris werden folgende sein:

1. Der Völkerverbund müßte einen Teil des Friedensvertrages bilden.
 2. Die Freiheit der Meere muß eines der hauptsächlichsten Prinzipien sein, die durch den Bund festgesetzt werden, damit Amerika nicht eine Flotte bauen muß, die groß genug ist, um Sicherheit gegen jedes militärische Vorgehen durch das eine oder andere Volk zu schaffen.
 3. Die gerechten Ansprüche, die an Deutschland gestellt werden sollen, müssen festgesetzt werden und es muß bestimmt werden, wie weit und auf welche Weise Deutschland bezahlen kann und muß.
 4. Die Preliminarverhandlungen können vertraulich sein, aber die Endbeschlüsse der Konferenz müssen öffentlich gefaßt werden.
 5. Alle Friedensdelegierten müssen als Vertreter einer neuen Welt, nicht als deren Vererbter zusammenkommen.
- Jede andere Haltung würde einen Frieden bedeuten, der das Hinterland, aus dem dann wieder neue Kriege entstehen könnten. Wie erwartet, sind die amerikanischen Delegierten dafür, Deutschland in den vorgeschlagenen Völkerverbund aufzunehmen, wenn auch unter der Bedingung einer Probezeit. Es wird von einem schon fertig ausgearbeiteten Programm Lloyd George, Clemenceau und Orlando gesprochen, aber man nimmt an, daß ihre Verhandlungen einen vorläufigen Charakter und den Zweck haben, eine feste Grundlage für die Verhandlungen zu schaffen.
- Wie erwartet, behandeln diese Verhandlungen unter anderem auch die Frage der Schadenvergütung.

London, 18. Dezember. In einem Leitartikel über die bevorstehenden Friedensverhandlungen schreiben die „Times“: Die Führer der europäischen Demokratien haben mit einer einzigen Ausnahme die allgemeinen Prinzipien, die vom Präsidenten Wilson festgelegt wurden, angenommen. Aber obwohl sie sich über die Grundzüge vollständig geeinigt haben, muß die Arbeit, diese Doktrinen genau zu umschreiben und in allen Einzelheiten praktisch durchzuführen, noch geleistet werden. Es sind verschiedene Anzeichen dafür vorhanden, daß man danach trachtet, Ansprüche auf Grund von rein nationalen Gesichtspunkten und Behauptungen geltend zu machen, ehe sie die Konferenz zwischen den Alliierten und den Vereinigten Staaten zur Beratung über die wichtigsten Friedensbedingungen geprüft hat. Belgien verlangt die Rückgabe Luxemburgs und eines Teils von Holländisch-Limburg, sowie eine Vergrößerung an der deutschen Grenze und das Aufheben der Scheldedeuler. Der Ministerpräsident von Italien vergißt nicht, daß die Ansprüche Italiens ebenso wie die aller anderen Mitglieder der Entente den allgemeinen Prinzipien, die auf der Friedenskonferenz zur Anwendung gelangen werden, un-

tergeordnet werden müssen. Wie wir schon mehr als einmal näher dargelegt haben, darf kein Staat bei Geltendmachung seiner eigenen Interessen die charakteristischen Merkmale dieser Ideen vergessen, nämlich, daß er trachtet, jedes einzelne Problem mit den allgemeinen Grundsätzen in Übereinstimmung zu bringen, die allseits zur Anwendung gelangen müssen.

Kopenhagen, 18. Dezember. Zur Wahrung der Interessen Finnlands auf der Friedenskonferenz sind Professor Frjö Hira und Dr. Adolf Törnqvist ausersehen. Sie werden in nächster Zeit nach Paris abreisen.

Brüssel, 18. Dezember. Die belgischen Bevollmächtigten zur Friedenskonferenz sind die Minister Huysmans und Vandervelde, sowie der Gesandte beim Vatikan van den Heuvel, der demnach sein Abberufungsschreiben vorlegen wird.

Gegen die A- und S.-Räte.

Wolffs Bureau veröffentlicht eine von der Waffenstillstandskommission stammende Darstellung über die Stellungnahme der Entente zu den A- und S.-Räten, der wir folgendes entnehmen:

Am 12. d. M. traf in Triest bei der Deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm ein:

Staatssekretär Erzberger,
Deutsche Waffenstillstandskommission, Triest.
Arbeiter- und Soldatenrat Kreuznach berichtet: Ist für die feindlicherseits besetzten Bezirke in diesen Tagen zu beschenden Gebiete die ungehinderte Ausreise und Rückkehrmöglichkeit der zu der am 18. Dezember in Berlin stattfindenden Tagung der A- und S.-Räte zu entsendenden Delegierten gewährleistet? Direkte umgehende Antwort erwünscht.

Auswärtiges Amt.
Staatssekretär Erzberger setzte sich darauf mit dem Oberkommando der Alliierten in Triest in Verbindung; es fand eine Besprechung statt, als deren Ergebnis Erzberger mitgeteilt worden sei, daß die Entente unter keinen Umständen die A- und S.-Räte anerkennt.

Da Erzberger sich mit dem Bescheid eines Vertreters der Obersten Seereschiffung der Alliierten nicht begnügen wollte, brachte er in der zweiten Sitzung der deutschen Delegierten mit Marschall Hoch am 18. Dezember die Angelegenheit zur Sprache. Hoch und der englische Admiral Bembly gaben ihre ablehnende Stellung zu erkennen und stimmten der ersten Antwort ihres Vertreters ausdrücklich zu.

Zu dieser Darstellung bemerkt die Waffenstillstandskommission:

„Damit war eine völlig kompetente Antwort in der Angelegenheit vorhanden. Konnte die Ablehnung der A- und S.-Räte in Kiel durch einen englischen Admiral allenfalls noch als eine Privatmeinung desselben betrachtet werden, so steht jetzt fest, daß die Entente als solche die A- und S.-Räte nicht anerkennt.“

Die Tendenz dieser Feststellung liegt auf der Hand. Es soll damit erwiesen werden, daß die A- und S.-Räte der Entente mißfielen und infolgedessen ein Friedenshindernis bilden, das beseitigt werden müsse. Eine derartige Ausschließung der Entente gegen die A- und S.-Räte ist großer Unfug. Es ist begreiflich, daß die Vertreter der Entente nur mit Institutionen verhandeln wollen, die behördlichen Charakter tragen. Solange die A- und S.-Räte keinen solchen Charakter haben, lehnen die Vertreter der Entente im großen und ganzen amtliche Verhandlungen mit ihnen ab. Wir haben aber schon verschiedentlich auf Fälle hingewiesen, wo Vertreter der Entente mit A- und S.-Räten verhandelten. Und wir haben, um der böartigen Hebe gegen die A- und S.-Räte die Spitze abubrechen, mehrfach nachdrücklich betont, daß aus der formal abichnenden Haltung der Entente gegen die A- und S.-Räte keineswegs gefolgert werden dürfe, daß die Entente ihnen feindlich gegenüberstehe.

An dieser Feststellung ändert die wiedergegebene Darstellung der Waffenstillstandskommission nichts das geringste.

Die Engländer gegen die roten Fahnen.

Wien, 18. Dezember. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Solingen: Die britische Besatzung hat die Einführung der roten Fahnen und die Einführung der englischen Zeit angedroht.

Positive Arbeit.

Der dritte Tag der Beratungen des Zentralparlamentes der A- und S.-Räte führte die Erörterungen über den Bericht des Vollzugsrats zu Ende. Es kam dabei noch mehrfach zu heftigen Zusammenstößen. Die Beurlaubte, die bereits früher zutage getreten waren, wurden von neuem offenbar. Aber immerhin wurde in mancher Beziehung auch eine gewisse Klärung erzielt. Mißverständnisse wurden beseitigt. Großer Eindruck machte es, als Genosse Dittmann noch einmal über die Beurlaubte hinweg wieder auf die Notwendigkeit einer einheitlichen proletarischen Front hinwies. Er provozierte die Beurlaubten zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen; er betonte seinen Gegensatz zur Arbeitspolitik der Scheidemann und Genossen. Aber, so laute er, wir leben in einer Zeit, wo zunächst der Gegensatz von Klasse zu Klasse kommt und dann erst der unter den Parteien.

Die Beschlüsse, die nach Beendigung der Debatte gefaßt wurden, werden hoffentlich dazu dienen, die Erregungen der Revolution zu sichern. Man kann es vor allen Dingen erwarten von der Annahme des Antrages unseres Genossen Braß, sofort alle Maßnahmen zur Entpässung der Gegenrevolution zu ergreifen. — Sofern nur mit der Durchführung dieses Beschlusses wirklich Ernst gemacht wird, Dauerhaft bleibt, daß jene Anträge abgelehnt wurden, die dafür nähere Richtlinien zeichnen und so im besonderen die Ablehnung des heutigen „Grenzscheitels“, der als Vorwand für gegenrevolutionäre Vorbereitungen herbeizitiert Verdacht erregt hat, durch einen von den A- und S.-Räten organisierten Sicherheitsdienst forderten. Man soll das, was man durch den Genossen Braß über die beabsichtigte Bildung einer „zuverlässigen“ Truppe in der Hand ausgewählter Offiziere erfährt, und was dann wieder im Laufe der Verhandlungen bekannt wurde über eine Auflösung der A- und S.-Räte durch die Generalkommandos in Münster und Düsseldorf, nicht auf die leichte Achsel nehmen. Es wurde von den Volksbeauftragten aufgelagt, sofort nach Abschluß der Konarckverhandlungen Mitglieder zur Untersuchung der Verhältnisse persönlich nach dem Westen zu senden. Mögen sie sich nicht täuschen und in falscher Sicherheit wiegen lassen! Und möge alles getan werden, mit eisernem Wesen auszuführen, wo es nötig ist!

Für die entscheidende Abstimmung über die künftige Gestaltung der obersten Gewalt lagen zwei Anträge vor, zum Teil einen gewissen Gegensatz der Auffassungen verhaltend, zum Teil in ihren Forderungen aber auch miteinander vereinbar. Die Annahme des einen bedingte jedenfalls, wie mit Recht eingewandt wurde, nicht ohne weiteres die Erledigung des anderen. Immerhin entschied der Kongress durch die Annahme des Antrages des Mehrheitssozialisten Lüdemann bereits in wesentlichen Punkten. Danach wird die gesetzgebende und ausübende Gewalt künftig in — „bis zu anderweitiger Regelung durch die Nationalversammlung“ deren Kommen hier gewissermaßen schon festzulegen wird — dem Rat der Volksbeauftragten ausüben. Ein von dem Kongress der A- und S.-Räte zu wählender Zentralrat soll den Volksbeauftragten nur als überwachendes Organ zur Seite stehen. In jedes Reichamt sollen zwei Sozialdemokraten, je einer aus den Reihen jeder der beiden sozialdemokratischen Parteien, zu entsenden sein. Kommissar und Beauftragte sollen nur nach Anhörung des Zentralrats berufen werden dürfen.

Der Antrag Lauffenberg, der neben dem Lüdemannischen zur Abstimmung stand, und über dessen Annahme oder Ablehnung endgültig erst noch in namentlicher Abstimmung entschieden werden soll, geht weiter, indem er ausdrücklich die oberste Macht den A- und S.-Räten zuspricht und den Konarck der A- und S.-Räte zum Träger der Souveränität erklärt mit allen Rechten der Ernennung, Ablehnung u. a. m. acenüber der Exekutive, und ferner, indem er das sofortige Ausscheiden aller bürgerlichen Mitglieder der Regierung fordert. Man wird abwarten müssen, wie sich nun die Mehrheit zu dieser programmatischen Erklärung stellen wird.

Einen nicht unerheblichen Raum der Debatten nahm während der dann noch die Erörterung der Forderungen ein, die von den Vertretern der Berliner Truppen am Tage zuvor überreicht worden waren. Die Erregung, die zunächst das Erscheinen der Delegation hervorgerufen hatte, hatte sich gelegt. Und bei den ruhigeren Erörterungen zeigte sich, daß fast von allen Seiten eine wenigstens teilweise Berechtigung der Forderungen der Soldaten anerkannt werden mußte. Man kann mit Genugtuung feststellen, daß schließlich die von einer Kommission aus Vertretern des Rates der Volksbeauftragten, des Volksrates, der sozialdemokratischen Fraktionen, des Delegierten der verschiedenen Fronten mit den Berliner Soldatenvertretern vereinbarten Beschlüsse allgemeine Billigung fanden. Diese Beschlüsse scheinen tatsächlich auch die gegebene Lösung der aufgeworfenen, in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzenden Probleme zu bringen. Die oberste Kommandoebene wird militärischen Stellen übertragen und dem Rat der Volksbeauftragten unter Kontrolle des neuen Volksrates übertragen, die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Das sind die entscheidenden Punkte. Ueber die Frage, ob in den einzelnen Garnisonen die oberste Kommandoebene, soweit sie sich auf örtliche Angelegenheiten bezieht, den Soldatenräten zufallen soll, war eine Einigung noch nicht möglich. Doch ist wohl zu erwarten, daß sie erfolgen wird, und in einem die Soldaten befriedigenden Sinne.

Mit diesem Ergebnis der Beratungen hat das Eindringen der Soldatenräte in die Dienstag-Sitzung eine wertvolle Frucht getragen. Wenn die Berliner Soldatenräte ihre Delegierten vor den Kongress schickten und dort mit Nachdruck ihre Forderungen vertreten ließen, so hat sich jetzt gezeigt, daß dieses Vorgehen doch kein bloßes Spektakelstück war. Zudem diese Fragen auf die Tagesordnung gestellt und schließlich in einer förderlichen Art und Weise erledigt wurden, ist die Sicherung der Revolution einen beträchtlichen Schritt weiter gelangt. Und bricht muß es scheinen, wenn gewisse Blätter, wie vor allem der „Vorwärts“, immer noch nichts Besseres wissen, als sich über die Formen aufzuhalten, in der die Anregung zur Behandlung dieser Fragen gegeben wurde, lange Betrachtungen anzustellen über die Berechtigung der von ihren Truppenteilen entsandten Delegierten zur Vertretung der Berliner Garnison und über die Zulässigkeit ihres Eindringens in den Sitzungssaal zum Vortrag der mitgebrachten Wünsche.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß nun prinzipiell jeder Delegation, jeder Abordnung das Recht zusteht, ohne vorherige Vereinbarung die Beratungen zu unterbrechen, um für ihre Forderungen zu werben. Und wenn auch am gestrigen Mittwoch wieder eine Deputation in den Sitzungssaal drang und sich dort das Wort erzog, so mochte diese Szene gegenüber der Kundgebung der Soldaten am Tage zuvor doch mehr den Eindruck eines Possenspiels. Denn diesmal handelte es sich nicht um eine Vertretung breiter Massen, die erschien, nicht um neue, dringende Forderungen, die sie vortrug. Es kamen Abgesandte einer verhältnismäßig kleinen Schar von Demonstranten, die ihre schon früher vorgetragenen und längst bekannten Wünsche noch einmal wiederholten. Es kann auch nicht für die Bedeutung dieser Deputation angeführt werden, daß einige Tage vorher sehr viele Tausende mit ihr demonstrierten, nachdem bekannt geworden ist, daß von den Zeitgenossen an jener Kundgebung sehr viele durchaus in Unkenntnis darüber waren, daß sie den Zielen des Spartakusbundes gelten sollte.

Man wird mit der Regelung, die in der gestrigen Kongresssitzung getroffen wurde, der zufolge fortan Abordnungen, die Wünsche vorzutragen haben, zunächst nur von Vertretern der Fraktionen empfangen werden sollen, einverstanden sein und von Arbeitern wie Soldaten erwarten können, daß sie sich an diese Abmachungen halten. Das schließt nicht aus, daß sie in wichtigen Kundgebungen zum Tagungsort der entscheidenden Körperschaft hinziehen und ihre volle Macht demonstrieren. Es gewährt aber die Möglichkeit einer ungehörigen, sachlichen Behandlung der vorgebrachten Forderungen im Plenum des Parlamentes, an der allen nur gelegen sein kann, die von der Richtigkeit ihrer Forderungen überzeugt sind.

Im allgemeinen wird man sagen dürfen, daß der dritte Tag der Beratungen annehmbare, positive Arbeit geleistet hat. Er hat durch seine Beschlüsse zum mindesten einen gesunden Willen gezeigt, die Revolution zu sichern und auszubauen. Hoffentlich gelangt es dem Kongress, an den kommenden Tagen erst recht zu positiven Leistungen zu kommen. Was wir brauchen, sind Taten. Ein kräftiges Aufstehen ist notwendig, jeder Tag ist wichtig. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um allen Schwierigkeiten zum Trotz den Neubau der sozialistischen Republik fest und widerstandsfähig zu machen!

Joffe gegen Barth und Haase.

Der alte A. Joffe läßt durch Funkpruch aus Moskau eine neue Erklärung los. Sie lautet:
Auf die Erklärung der Herren Volksbeauftragten Emil Barth und Hugo Haase erkläre ich zunächst, daß ich allerdings ein lächerlicher Konspirator und in der illegalen Organisation der russischen Sozialdemokratischen Partei 15 Jahre lang unisono tätig gewesen wäre, wenn ich in meiner streng illegalen revolutionären Tätigkeit in Berlin so gehandelt hätte, wie es den beiden Herren dazustellen beliebt.
Es versteht sich von selbst, daß ich die zum Ankauf von Waffen bestimmten Geldbeträge nicht unmittelbar an Barth ausshändigen konnte, da dieser Herr ein Keuling in der Arbeiterbewegung war und mir kein großes Vertrauen einflößte. Ich mußte vielmehr als Mittelspersonen solche Genossen auswählen, die auf mein Vertrauen mehr Anspruch und deren Namen besseren Klang in der Arbeiterbewegung hatten. Es war jedoch Herr Barth, der Volksbeauftragte Barth ganz genau bekannt, daß die mehreren Hunderttausend Mark, die, wie er selbst zugibt, von den deutschen Genossen erhalten hatte, letzten Endes von mir kam. Mir gegenüber hat er dies bei unserer von ihm erwähnten Zusammenkunft, 14 Tage vor Ausbruch der Revolution, bestätigt, als er sagte, er wisse ganz genau, wo diese Gelder ihren Ursprung hätten. Bei dieser Gelegenheit machte er mir darüber Vorkäufe, daß ich ihm die von ihm bei einem namhaften Mitgliede der kommunistischen Partei gelegentlich dessen Besuches in Berlin erbetene Summe von 2 Millionen Mark seinerzeit nicht ausgehändigt hätte. Hätte ich dieses getan, so wäre das deutsche Proletariat längst bewaffnet und imstande gewesen, die revolutionäre Erhebung erfolgreich durchzuführen. Es versteht sich weiter ebenfalls von selbst, daß bei dieser revolutionären Tätig-

keit, in der die russischen Sozialisten Hand in Hand mit der U. S. P. gingen, keine offiziellen Vereinbarungen, weder mit der Parteileitung noch mit den einzelnen Mitgliedern derselben getroffen werden konnten. Ich möchte aber Herrn Haase fragen, ob er bei verschiedenen Gelegenheiten, so z. B., als er und seine politischen Freunde von mir das Material und nicht nur das russische Material für ihre Reichstagsrede empfingen, als er im Namen seiner politischen Freunde an mich mehrmals die Anforderung stellte, keine Erlaubnisse an Deutschland zu leisten, dieses nicht im Interesse der Ermächtigung der deutschen Revolution läge, als die U. S. P. unsere Beziehungen zu Georgien in ausgesprochener Weise zu beeinflussen beabsichtigte, als die U. S. P. von uns finanziell Beiträge für den Verlag der Druckschriften empfing, als sie unsere schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch nahm — ob er bei diesen Gelegenheiten nicht der Meinung gewesen ist, daß alles geschehe zum gemeinsamen Nutzen und zum gemeinsamen Zweck, die Ermächtigung der proletarischen Revolution in Deutschland wie überall zu fördern. Ich würde mir diese Erinnerungen an unsere früheren gemeinsamen Tätigkeit nicht wiedrufen, wenn Herr Haase nicht den Standpunkt der Herren v. Kuhlmann, Sell und Radolny eingenommen hätte, wonach gerade unsere engen Beziehungen mit der U. S. P. und als ein Verbrechen ausgelegt würden, wofür man und alsdann durch Ausweisung aus Deutschland strafe. Eine Regierung, die sich sozialistisch und revolutionär nennt, sich öffentlich erlaubt, uns gerade dessen anzuklagen, was wir mit ihren Mitgliedern, als sie noch Revolutionäre waren, gemeinsam unternahmen. So fallen für mich alle jene Rücksichten fort, die nicht nur einem politischen Freunde, sondern auch einem anständigen Gegner gegenüber üblich und am Plage wären.

Genosse Haase schreibt uns dazu:
Genosse Joffe hat in einem Funkpruch seinem Herzen noch einmal Luft gemacht. Meine hohe Meinung von seiner Personlichkeit, die ich in Berlin gewonnen habe, soll durch seine merkwürdigen Funkprüche nicht erschüttert werden. Ich habe ihn auch in meiner Eigenschaft als Volksbeauftragter stets Ausdruck gegeben. Mir ist es nicht eingefallen, meine eigene revolutionäre Tätigkeit auch nur im geringsten zu verkleinern. Mir ist es auch nie in den Sinn gekommen, die Verdienste, die sich Genosse Joffe um den internationalen Sozialismus erworben hat, herabzusetzen. Lediglich im Interesse der historischen Wahrheit war ich genötigt, eine von ihm gegebene unrichtige Darstellung richtig zu stellen. Genosse Joffe hält seine früher in Beziehung auf mich gemachten Angaben auch nicht mehr aufrecht. Was er jetzt vorbringt, ist zum Teil längst bekannt und von mir in meiner öffentlichen Tätigkeit selbst mitgeteilt worden, zum Teil allerdings wieder unzutreffend. Richtig ist, daß ich durch seine Vermittlung über Vorgänge im Auslande für einige Reichstagsreden Tatsachenmaterial erhalten habe. Richtig ist, daß ich den Frieden von Brest-Litowsk, wie auch den Zusatzvertrag öffentlich gebrandmarkt und die Vernichtung dieser Verträge durch den allgemeinen Friedensschluß oder eine wahrscheinlich früher in Deutschland ausbrechende Revolution angekündigt habe. Richtig ist ferner, daß ich mit Vertretern von Georgien und dem Genossen Joffe über Beziehungen zu Georgien gesprochen und ihn für meine Auffassung in dieser Frage zu gewinnen gesucht habe. Unrichtig ist, daß die U. S. P. finanzielle Beiträge für den Verlag von Druckschriften erhalten oder seine schriftstellerische Tätigkeit in Anspruch genommen habe. Nicht zu bestreiten ist, daß einige Zeitungen unserer Partei ihn und Freunde von ihm um Beiträge über Fragen der russischen Revolution ersucht haben. Ich kann noch mehr in dieser Richtung erklären: Unsere Partei hat sogar davon ersucht, daß ein Mitglied seiner Partei für ihre Vertrauensmänner ein Referat über die russische Revolution halten solle und hat mit Dank das Referat angehört.

Graf Hertling hat nichts hinzuzufügen.

Die „München-Magazin-Abendzeitung“ hatte behauptet, der ehemalige Reichskanzler Graf Hertling gedanke bereits in den allerersten Tagen mit einer ausführlichen Rechtfertigung seiner Politik vor die Öffentlichkeit zu treten. Demgegenüber ist die „Bavrische Staatszeitung“ zu der Mitteilung ermächtigt, daß Graf Hertling durchaus nicht diese Absicht hat, um so weniger, als er den von ihm seinerzeit im Plenum und im Hauptauschuß des Reichstages gemachten Ausführungen nichts hinzuzufügen hätte.
Wir meinen auch, daß Hertling zu seinen Worten nichts hinzuzufügen hat. Jeder Rechtfertigungsversuch von ihm wäre auch überflüssig, da er die allgemeine Ueberzeugung an dem reaktionären Charakter seiner Politik und seiner Mitschuld am Kriegsverbrechen nicht erschüttern würde.

Eisners politisches Programm.

In der Sitzung des provisorischen bayerischen Nationalrates vom 18. Dezember legte der Ministerpräsident, Genosse Eisner, sein politisches Programm dar. Er führte aus:
Die Grundlage der provisorischen Nationalversammlung bilden die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Diese sollen ein festes Element zur Erhaltung des revolutionären Geistes sein. Jede Organisation von Arbeitenden soll nicht nur wirtschaftliche Interessen vertreten, sondern sich in den Dienst der Demokratie stellen. Die Arbeiterräte sollen nicht wie die Gewerkschaften nur berufliche Interessen vertreten, sondern der allgemeinen Politik dienen. Ebenso sollen die Soldaten, die bisher den Krieg führen mußten, jetzt am Friedenswerk mitwirken. Von der Ermächtigung dieses Gedankens wird das Schicksal der Demokratie abhängen.
Die bisherigen Regierungen waren Ausschüsse der herrschenden Klassen. Es gab keine zielweisenden Gedanken, man besorgte sich in den engen Vorstellungen einer sich auflösenden Vergangenheit. Der Weltkrieg war die letzte furchtbare Erscheinung dieses Systems. Wer heute an einer Regierung mitarbeiten will, muß beherrscht sein von neuen Gedanken und Zielen. Die Welt schmachtet nach neuen Taten. Wir sind nicht eine Regierung der Kompromisse, diese Kompromisspolitik hat geendet im allgemeinen Zusammenbruch.
Es gibt nichts Fruchtbarereres als die Revolution. Sie war die Ketterin in dem Zusammenbruch des Krieges. In vier Wochen haben wir mehr zustandegebracht, als vordem in ebensoviel Jahren geschah. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte vertreten die Ordnung gegen die Anarchie eines zusammenbrechenden Militarismus. Wir haben eine radikale Demokratisierung der Armee durchgeführt. Heute ist der Soldat nicht mehr das Opfer einer brutalen Disziplin, sondern ein freier Krieger. Aus dieser demokratischen Armee wird, wie ich hoffe, der Abbruch des Militarismus überhaupt entstehen. Der Weltkrieg muß liquidiert werden mit der Abschaffung der stehenden Heere und der allgemeinen Dienstpflicht.
Was unser Verhältnis zum Reich anbelangt, so lassen wir kein

Seil darin, daß die Berliner Nationalversammlung die Verfassung auch für die Einzelstaaten beschließt. Die Selbstbestimmung der Einzelstaaten muß die Grundlage einer inneren neuen Einheit des Reiches werden. Es soll nicht von oben diktiert werden, sondern von unten aus soll der neue Geist strömen in die Zentrale. Politisch und wirtschaftlich muß das verschwinden, daß der Kleinere den Größeren unterzukriegen versuchte. Wir wollen nicht die Vorkherrschaft eines Staates, sondern die gemeinsame Arbeit aller.
Was den Abschluß des Krieges anlangt, so wollten wir der Welt zeigen, daß der neue Volksstaat Bayern Vertrauen verdient. Deswegen kann unsere Politik nur darin bestehen, im Geiste des künftigen Völkerbundes eine Politik des öffentlichen Vertrauens zu treiben. Die alte Politik der Listen und Schliche ist tot. Auf den Krieg aller gegen alle soll die gemeinsame Arbeit aller folgen. Es ist schwer, daß blutbesiedelte Hände sich wieder zusammenfinden. Aber nichts wird geschaffen aus Haß und Rache, und so fordern wir alle Denkenden auf, mit uns zu arbeiten im Sinne des neuen Völkerbundes, für den Frieden der Menschheit und nach den erhabenen Gedanken der Humanität und der Menschlichkeit, der Quelle aller künftigen Arbeit.

Die Hamburger Postkisten.

Hamburg, 18. Dezember. Der A. und S.-Rat bezieht die Erklärung Dr. Blundt, vor der Teilnahme an dem Postkisten vom 6. Dezember getarnt zu haben, als unwahr. Die Erklärung, die Helden der Verschwörung zusammenlesen, sei die Redaktion des „Hamburgischen Correspondenten“. Es stehe einwandfrei fest, daß auch Chefredakteur Rager und Kommandant Dr. Bubendey bei Banken um finanzielle Unterstützung nachgesucht hätten. Dr. Bubendey sei 2. Vorsitzender des Verbands der Hamburger Arbeitervereine gewesen, deren Versammlung, deren Tendenz Dr. Blundt sehr nahestehe.

Dr. Arons' Rehabilitierung.

Berlin, 18. Dezember. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Rehabilitierung des früheren Privatdozenten der Berliner Universität, Leo Arons, bei der preussischen Regierung beantragt. Leo Arons war vor Jahren wegen Befundung sozialistischer Gesinnung aus rein politischen Gründen diszipliniert worden, und es entspricht einem selbstverständlichen Gehot der Gerechtigkeit, daß diesem verdienten Gelehrten jetzt Genugtuung zuteil wird. Die Philosophische Fakultät hätte seinerzeit gegen seine Disziplinierung protestiert und ist auch jetzt für seine Rehabilitierung eingetreten. In Anerkennung der wissenschaftlichen Verdienste Leo Arons' ist ihm der Professortitel verliehen worden.

Erklärung.

Dem Soldatenrat des Stells. Generalkommandos Berlin wird zum Hinweis auf den Vollzugsratsmitgliedern Mahng geschrieben. Als ersten Posten unter „Einnahmen“ des Vollzugsrats vermerkte das Vollzugsratsmitglied Mahng in der gestrigen Bilanz: 450 000 Francs, die ihm von einem gewissen Etsch überwiefen seien.
Hierzu bemerken wir: 600 000 Francs wurden am 11. November widerrechtlich von einem Herrn Dettle, der bevollmächtigt war, von Herrn Barth und Bedebour, den Generalkommandos zu beschlagnahmen. Das Mitglied des Soldatenrats, Herr Dettle, besah sich sofort zum Herrn Etsch, damals im Sicherheitsauschuß, und forderte Ueberweisung des Geldes an die Reichsbank auf Konto „Generalkommando“ oder „Auswärtiges Amt“. Herr Dettle gab auch Herrn Mahng Nachricht, daß das Geld widerrechtlich beschlagnahmt und keinesfalls für Zwecke des Vollzugsrates zu verwenden sei. Wir sprechen dem Vollzugsrat das Recht ab, über unsere Absicht hinweg und ohne sich auch mit dem Generalkommando in Verbindung zu setzen, über jene Gelder zu verfügen und verlangen Rückerstattung dieser Summe an den Generalkommando.

Ausweisungen aus dem Elsaß.

Mülheim (Baden), 18. Dezember. Im Laufe des gestrigen Nachmittags kamen über die Rheinbrücke bei Neuenburg etwa 60 Familien, insgesamt etwa 200 Köpfe, aus dem Elsaß an. Es handelte sich um Beamte und Arbeiter aus Mülheim im Elsaß, die ihre Wohnorte verlassen mußten. Auf dem Abtransport wurden sie von Reuten aus der Zivilbevölkerung begrüßt und mit Steinen beworfen. Die Behandlung unterwegs war die denkbar schlechteste. Weitere Transporte von Ausgewiesenen folgten.

Deutsch-österreichische Nationalversammlung.

Wien, 18. Dezember. Die provisorische Nationalversammlung verhandelt das Gesetz über die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung und das Gesetz über die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung. Der Reichsrat beantragt einem von verschiedenen Seiten geäußerten Wünsche entsprechend auch den in Deutschösterreich schwebenden Reichsbürgern das Wahlrecht zu verleihen. In der Annahme dieses Antrages würde das Haus zum ersten Male die Gemeinbürgerschaft mit den Brüdern im Deutschen Reich praktisch betätigen.
Wien, 18. Dezember. Die Nationalversammlung nahm nach längerer Beratung in zweiter und dritter Lesung die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung in der Fassung des Ausschusses an. Ferner wurde das Gesetz über die Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung angenommen. Danach soll die konstituierende Nationalversammlung 16 Tage nach dem Wahltage zusammentreten.
Wien, 18. Dezember. Sämtliche Parteien des Hauses beantragten in der heutigen Sitzung einen Beschlusseinstellung über die Verantwortlichkeit und die strafrechtliche Verfolgung der höheren Führer und deren Organe im gegenwärtigen Kriege. Eine viergliedrige Kommission soll großes Verschulden bei der Führung der Truppen oder anderen schweren Verbrechen, insbesondere die Schuld am Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918 prüfen. Die Mitglieder und Erfahrmänner der Kommission dürfen der Nationalversammlung nicht angehören.

Demokratisierungsmassnahmen in Schweden.

Stockholm, 18. Dezember. Beide Kammern des Reichstages genehmigten einen Antrag des Verfassungsausschusses betreffend eine Regierungsvorlage über die Aenderung des Gemeindewahlrechtes, die auf eine durchgehende Demokratisierung abzielt. In der nächsten ordentlichen Session des Reichstages wird eine Regierungsvorlage über die Aenderung des politischen Wahlrechtes kommen.

Theater und Vergnügungen.

Volkshöhne. Theater am Bülowplatz. Direktion Friedl Kayserler. 7 Uhr: Der Kirschgarten. Freit. 7 Uhr: Die zanzende Nymphen.

Opernhaus. 7 Uhr: Figaros Hochzeit.

Schauspiele. 7 Uhr: Kater Lampe. Direktion Max Reinhardt.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Der Mannmann von Venedig.

Kammerspiele. 7 Uhr: Michael Kramer.

Kleines Schauspielhaus. Pavannenstr. 1. Part. 5. 7 Uhr: Frühlings Erwachen.

Theater L. d. 8 Uhr: Königgrätzer Str.

Musik. Komödienhaus. Schillstr. 25. a. d. N. Wilhelmstr. 8 Uhr: Die tanzende Nymphen.

Berliner Theater. 7 Uhr: Sterne, die wieder leuchten. 8 Uhr: Die tanzende Nymphen.

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky. 7 Uhr: Der Schöpfer. Freitags: Peer Gynt. Sonnabend, Sonntag: Der Schöpfer.

Deutsches Künstler-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung.

Irision-Theater. Bf. Friedrichstr. Ziv. 49/7, 1391. 7 1/2 Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.

Deutsches Opernhaus Charlottenb. 7 Uhr: Fidelio.

Irision-Theater. 7 1/2 Uhr: Hannerl. Das Urmäderlhaus. II. Teil.

Kleines Theater. 8 Uhr: Frau Knerlche.

Schauspielhaus. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. 8 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die spanische Filoge. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee. 8 Uhr: Wiener Blut.

Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die Glocken von Cornville. 8 Uhr: Der Soldat der Marie.

Palast-Theater. 7 1/2 Uhr: Der Mikndo. 8 Uhr: Der Struwwelpeter.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Friedensverhandlungen.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Konzert.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Poinische Wirtschaft. 8 Uhr: Frau Holle.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Weh' dem, der lüzt. 7 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die lustige Witwe. 8 Uhr: Aschenbrödel.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die drei Havelnente. 8 Uhr: Der Märchenwald.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Urmäderlhaus. 8 Uhr: Das Urmäderlhaus.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: August der Starke. 8 Uhr: August der Starke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

Wald-Theater. 7 1/2 Uhr: Die goldene Krücke. 8 Uhr: Die goldene Krücke.

UT UFA UT

U.T. Schillerstr. 25. a. d. N. Wilhelmstr. U.1. Freie Uchstraße U.1. Galeriesäle

Der Stellvertreter
Stuart Webb's 25. Abenteuer mit Ernst Reicher / Rita Jende

Resemanns Brautfahrt
Melita Pabst, Leo Peukerl, Herbert Paulmüller, R. Dreher

Zettchen Gebert 2. Teil
(Henriette Jacoby) Regie: R. Oswald

U.T. Unter den Linden
Das Mädel vom Ballet
Ossi Oswald

U.T. Schöneberg U.T. Brandenburgerstr.
Mia May Die Bettelgräfin
U.T. Schöneberg U.T. Brandenburgerstr.
Söhne des Volkes
Der sozialistische Monumentalfilm von Sophus Michaëlis und Ole Olsen mit Gunnar Toines Lilli Jacobson

U.T. Magdalenberg U.T. Wilmbergstr.
Das Tagebuch einer Verlorenen
Regie: R. Oswald
Sauptrolle: Erna Morena
Beteiligte: Olga Schöndel, Werner Kausl, Kästner Veit

Mozart-Saal HENNY PORTEN
in Die blaue Laterne Dritte Woche!

Kammer-Lichtspiele
Albert Bassermann
Else Bassermann / Käthe Naack
Im Schauspiel:

UT Lorenzo Bughardt UT

Metropol Kabarett
Behrenstr. 53-56
Ab 1. Dezember
Neue Direktion • Neues Programm
Ganz renoviert

Antang 5 Uhr
Sonntag 4 Uhr

Gyigyi-Konzerte
2. Eintragspreis: 1.30 M., 2.60 M.
Vorzügliche Küche
Torten, Makronen und Getränke.

Sprech-Apparate und Platten
BIAL & FREUND
ALEXANDRINENSTR. 97
BERLIN S. 42

GROSSE AUSWAHL, BILLIGE PREISE.
Auf Wunsch BEQUEME ZAHLWEISE

Verlangen Sie unsern Prospekt 333.

Achtung Funktionärinnen von Zellow-Bestow.
Freitag, den 20. Dezember, abends 7.30 Uhr
Frauentorenz der Funktionäre Groß-Berlins
in der Arbeiterbildungs-Gesellschaft, Schilderstr. 3.
Wiederholungs-Termin, Sonntag, den 22. Dezember, abends 7.30 Uhr.
Sofortiges Erscheinen erwartet.

Paritätischer Arbeitsnachweis der Holzbildhauer Berlins!
Arbeitsnachweis täglich von 9-11 Uhr vormittags. Vermittelt werden künftig alle Holzbildhauer nur durch den jetzt paritätisch gestalteten Arbeitsnachweis. Bitte unter 15 is part. Zimmer 3. Einstellungen erfolgen ebenfalls nur durch diesen Arbeitsnachweis.
Die Verwaltung.

Friedenspiano 1450.-
hochelegantes schwarzes Nußbaum-piano 1900.-, schwarzes elcheses (Prachtstück) 3500.-, eleganter Konzertflügel 2600.-, schwarzer Konzertflügel 1400.-, Klavier 475.-, verk. Ernst, Oranienstr. 166, III.

Sportpelze
Gelegentlich von 400 M. an
Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Strasse 16, beim Alexanderplatz.

Insertate
Für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachm. bei der Expedition Schillergäßchen 19 abgegeben sein.

PAUL CASSIRER VERLAG
Sozialistische Schriften zur Revolution

KARL KAUTSKY
Habsburgs Glück und Ende.
Preis 3 Mark.

Das Buch vom Kampf der Nationalitäten und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Verband der Hut- und Filzwaren-Arbeiter und ArbeiterInnen Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin
Bureau: Berlin SO, 16, Engelstraße 14-15 (Zimmer 37) Tel.: Moritzpl. 12678.
Am Freitag, den 20. Dezember, nachmittags 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 13, Saal 1

Große öffentliche Versammlung
aller in der Putz- und Hutbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Tagungsordnung:
Warum müssen wir uns organisieren?
Referent: Genossin Gertrud Hanna.
Das Erscheinen aller in der Branche Beschäftigten ist dringend erforderlich.
Der Einberufer: L. A.: Max Möckel.

Heute Abend große allgemeine Volksversammlung
in der Aula des Gymnasiums Ackerstraße, um 8 Uhr.
Die National-Versammlung.
Referent: Fritz Heckert.
Die Ortsgruppe Steglitz der U. S. P. D.

Versicherungsangestellte!
Ihr habt die Versicherungsrenten immer noch nicht gekriegt erhalten! Wir wollen über die ganzen Verhandlungen mit dem Verband der Versicherungsangestellten Bericht erstatten und laden deshalb alle Versicherungsangestellten zum

Freitag, den 20. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr

Öffentlichen Versammlung
nach dem Lustgarten (Nationalgalerie)
Der Freitag ist der Tag der Entscheidung!
Veranstaltet: Fritz Schmidt, Geschäftsleitung
Zentralverband der Handlungsgehilfen.
Sektion der Versicherungsangestellten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Reichstagswahlkreis. U. S. P. D.

Öffentliche Volksversammlung,
am Donnerstag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr, in Haberlands Festhallen, Neue Friedrichstraße 35.
Tagungsordnung:
Die Sozialisierung der Wirtschaft.
Referent: Dr. S. Nestricque,
Redakteur der „Freiheit“.
Befreienden Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung!
Am Donnerstag Abend 7 Uhr findet im Abgeordnetenhaus
Zimmer 37, eine
Sitzung der Vorstandsmitglieder
der
Fraktion der Soldatenräte Berlin
statt. Erscheinen unbedingt erforderlich.
Der Vorsitzende.

„Weißenseer Genossen“
Sämtliche Reparaturen und Besohlen von: sein werden billig u. sauber in kurzer Zeit ausgeführt.
Besohlanstalt d. Gemeinde. Weißensee, Langhansstr. 111.

Gehpelz
mit gutem Tuchbezug und gutem Pelzfutter sehr preiswert zu verkaufen.
Gelegenheit! Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Strasse 16, beim Alexanderplatz.

Achtung Speditoren!
Nebr. 4 Exemplare von Nr. 37, 38, 44, 57 und 59 der „Freiheit“ bitte umgehend an die Expedition, Schillergäßchen 19, zurückgeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1933, 1987, 9-14.
Wohnung:
Fabrik-Mohrleger und Helfer.
Am Freitag, den 20. Dezember 1918, nachmittags 5 1/2 Uhr, im „Steinberger Hof“, Steinberger Straße 17
Versammlung
Zweckordnung:
1. Stellungnahme zu unserem Reformprogramm.
2. Diskussion.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Unsere lieben Genossen
Albert Oehligen nebst Frau
zu ihrer am 23. Dezember stattfindenden
Silbernen Hochzeit
die besten Glückwünsche.
Der Vorstand
und die Mitglieder des
I. Berliner Reichstagswahlkreises der U. S. P. D.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel. Amt Moritzplatz: 10 623, 3578. • Bureau: Rungestr. 10
Donnerstag, den 19. Dezember, abends 8 Uhr
bei Haden, Michaelkirchstraße 24
Allgemeine Schirmmacher-Versammlung
Alle in der Schirmbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Branchenleitung.

Verband der Sattler u. Portefeuliers
Ortsverwaltung Berlin.
Achtung! Militärattlee
Am Freitag, den 20. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Saal des „Gewerkschaftshaus“, Engelstraße 13
Branchenversammlung.
Zweckordnung:
1. Berichterstattung der Kommission von den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband.
2. Diskussion.
Vollgültige Beschlüsse der Mitglieder erwartet.
Die Branchenleitung.

Weihnachtskerzen
großer Restposten, sofort noch preiswert abzugeben.
Billige Bezugsquelle für Händler, Hausierer und Straßenverkäufer. Verkauf jederzeit bei **Viehweg**,
Schöneberg, Bolziger Straße 10a1, Ecke Eisenack-Strasse.

An das nächste Postamt schicken.
Bestellschein.
Ich abonniere hiermit auf die täglich 2 mal erscheinende Zeitung
„Die Freiheit“
zum Monatspreise von M. 2.- und wünsche freie Zustellung ins Haus. Die im laufenden Monat bereits erschienenen Nummern bitte ich mir gegen eine Sondergebühr von 10 Pfg. nachzuliefern.

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

An das Postamt:

Der Reichstongreß der U.- und S.-Käte.

Der Empfang von Deputationen.

Nach der Pause, die sich auf eine halbe Stunde ausgedehnt hat, wird die Sitzung durch den Vorsitzenden Leinert wieder eröffnet mit folgender Mitteilung:

Es ist mir gesagt worden, daß wieder einige Deputationen erschienen sind. Zunächst ist eine Deputation der Berliner Arbeiter erschienen, die von der Wache des Abgeordnetenhauses zunächst nicht hereingelassen worden ist.

Es ist aber von einem mir bekannten Genossen erklärt worden, die Deputation müßte herin, sonst würden morgen 250 000 Arbeiter zum Protest dagegen die Arbeit niederlegen. Von einem anderen Beteiligten ist mir gesagt worden: Das ist eine kleine Sache, hier bei einem sozialistischen Kongreß läßt man die sozialistischen Arbeiter draußen stehen. Ich will Ihnen dazu folgen: Wir sind ein Kongreß von ganz Deutschland.

Das Recht, was die Berliner Arbeiter und Soldaten beanspruchen, könnten auch die Arbeiter ganz Deutschlands beanspruchen. (Sehr richtig.) Es könnten aus allen Städten im Reich Deputationen herkommen, die mit derselben Gewalt auftreten wie die Deputationen der Berliner, um hier fortgesetzt in unsere Verhandlungen einzudringen. Mit den Arbeiten des Kongresses ist eine solche fortgesetzte Unterbrechung nicht vereinbar. (Sehr richtig.) Ich habe der Deputation den Eintritt in das Haus erlaubt, da ich nicht die Verantwortung für etwaige größere Unlieblichkeiten in der Verlegung der Besichtigung tragen will. Aber wohin kämen wir, wenn einmal das Pflichtgefühl der Eisenbahnarbeiter in gleicher Weise nachläßt und die Maschinen und Jüge stehen bleiben. (Lebhafter Beifall.) Es ist ebenfalls derselbe Genosse, der die Deputation auch vorgeführt geführt hat. (Hört, hört!) Wir können uns nicht da hineinfinden, daß dieselben Genossen immer wieder große Gruppen von Arbeitern und von Soldaten in diesen Kongreß hineinführen. Das geht nicht im Interesse der Tätigkeit des Kongresses. (Lebhafter Beifall.) Ich möchte empfehlen, daß die Fraktionen Personen bestimmen, die mit solchen Deputationen außerhalb des Tagungslokals verhandeln. (Sehr richtig.)

Der Vorsitzende läßt hierüber abstimmen, und stellt fest, daß das Haus nahezu einstimmig seiner Ansicht ist. (Aufe: Gegenprobe!) Bei der Gegenprobe erheben sich etwa 15 Mitglieder. (Rufen bei der Rede.) Darauf beschließt die Versammlung, sich an der vom Volksgesundheitsrat angeführten, Donnerstag früh, im Treptower Park stattfindenden Demonstration nicht zu beteiligen. Er begrüßt zwar die Demonstration der Berliner Arbeiter, bedauert aber, im Interesse der Tätigkeit für die Gesamtheit der deutschen Arbeiter und um seine Geschäfte zu fördern, nicht daran teilnehmen zu können.

Zur großen Überraschung der Versammlung erscheint noch der vorher gefassten Beschlusses die Deputation der großen Berliner Betriebe.

mit roten Fahnen und Schildern, auf denen man liest: Schwarzkopff, Anordnungsamt, Daimler, und Aufschriften wie: Der Zentralrat als höchste gleichgebende und vollziehende Körperschaft! Die ganze Wache der Arbeiter- und Soldatenräte. Die Deputation wird von einer kleinen Minorität mit Beifall begrüßt.

Der Vorsitzende Leinert erklärt der Abordnung den sofortigen Beschlus und bittet, sich in den Ministeriensozialrat zu den Vertretern der Fraktionen zu verfügen. (Stürmischer Beifall der Versammlung.)

Der Wortführer der Deputation Gallup versucht zu der Versammlung zu sprechen, wird aber durch die Versammlung verhindert. Der Vorsitzende bittet die Delegierten um Ruhe und weist die Abordnung darauf hin, daß sie nur als Gäste im Saal anwesend sind. Gallup ruft erregt: Die Revolution hat besondere Befehle. Wir haben keine Kränkerei mehr! Seine Worte werden von hartem Rufen und Schimpfen begleitet.

Vorsitzender Leinert: Ich will der etwas peinlichen Situation ein Ende machen und will, da wir den Beschlus erst eben gefaßt haben, noch einmal die Verlesung der Forderungen gestalten. Dann besteht aber der Kongreß auf seinem Beschlus, daß jede weitere Deputation hier nicht mehr empfangen werden kann.

Darauf erklärt Gallup: Im Namen von 250 000 Arbeitern (Lachen), die in den Großbetrieben der Metallindustrie Groß-Berlins und der Spandauer Staatsbetriebe beschäftigt sind, überreichen wir als deren Bevollmächtigter dem Zentralrat erneut die Forderungen, für die die Arbeiter schon am Montag durch einen einseitigen Notstreik demonstriert haben und fordern sofortige Entschädigung. Gallup verliest darauf die gleichen Forderungen, wie am Montag und erklärt zum Schluß: Das bedeutet natürlich: Wieder mit der Nationalversammlung! (Große Unruhe und Lachen.) Gallup fährt fort: Es liegen noch 14 Zeichen in Berlin, die unbedient sind. Wir gehen jetzt zum Kassirer, um Ort und Stunde der Verdringung zu erfahren. Wir laden den Kongreß ein, sich daran zu beteiligen.

Vorsitzender Leinert: Ich kann nur wieder erklären, daß wir die Forderungen zur Kenntnis nehmen und daß der Kongreß darüber entscheiden wird. Damit ist diese Angelegenheit erledigt und ich bitte, dem Kongreß die Arbeitsmöglichkeit wieder zu geben.

Die Mitglieder der Abordnung sind zunächst ungeschlüssig, ob sie den Saal verlassen sollen. Sie geben nur zögernd. Man hört Aufe wie: Hier herrscht Reaktion! Hier sind keine Arbeitervertreter! Schließlich verlassen sie den Saal.

Der Volksbeauftragte Emil Barth erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Er erklärt, daß er sich nicht gegen eine gemeinsame Beschlüsse gewandt habe. Bezüglich des Grenzschußes im Osten sei er anders verfahren worden, als im Kabinett beschlossen sei. Er habe die Entsendung einer Deputation nach Sozialisten nach Moskau und Borschna angetragt, um eine Einigung über die Zurückführung der Truppen herbeizuführen. Darüber sei Ebert mit einer Handbewegung hinweggegangen.

Auch darüber, daß er die Entsendung einer Deputation nach Versailles angetragt habe, habe Ebert nichts gesagt. Er habe sich nur dagegen gewandt, daß die notwendigen Notwendigkeiten nicht erfüllt seien.

Nun erhält Richard Müller vom Volksgesundheitsrat das Schlusswort.

Er führt aus: In diesen drei Tagen hat sich offenbart, daß die Führer des Volkes die Stimme des Volkes oft nicht hören wollen. Wir haben den Volksrat der Revolution an den Deputationen der Arbeiter und Soldaten gewandt. Das ist das Mandat der Revolution, das jedes Parlament der Untertanen verleiht, welches den Vertretern der Revolution nicht gibt, was der revolutionären Zeit entspricht. Der Volksgesundheitsrat ist in der Presse verurteilt und beschimpft worden. Wir haben hier in der Presse erklärt und ich verheißt nicht, wie trotzdem noch Auswüchse gemacht werden können, wie die gestrigen von Lindeberg. Bei Arbeitsunruhen haben Feldpost und Rotes Kreuz auch gesagt. Lindeberg sagt, wir hätten einen Mann nach Offenbach, der noch nicht wußte, was Sozialismus ist. Der Mann ist nicht von uns, sondern vom Demobilisierungsausschuß geschickt worden. (Hört, hört!) Aber wir mußten die Unterschrift geben, damit er durchgelassen wurde. So ist es in vielen Fällen gewesen. Das wird aber uns alles an die Wand hängen. Wunders muß ich mich über die Vorwürfe des Volksbeauftragten Landberg nicht wundern. Er benutzt den Fall Walsh, um uns heranzureißen. Wir haben diesen Mann verhaftet, mehr konnten wir doch nicht tun. Ich könnte den Spieß umdrehen und die Vollmachten von Ebert-Gaule einer Prüfung unterziehen. Ich habe Vollmachten abgenommen, die ganz ungeheuerlich waren. Vollmachten für Verstecke, die entmündigt waren. (Hört, hört!) Man reißt sich über die 50 M. Diäten für uns auf. Wenn Sie mehrere Tage getrennt von Ihrer Familie wohnen müßten, würden Sie anders urteilen. Die Mitglieder des Volksgesundheitsrats müßten sich von früh bis spät außerhalb des Hauses beschäftigen. Landberg hat unsere Entwurfspläne demängelt. Wir konnten ja noch gar nicht übersehen, welche Arbeiten zu erledigen waren. In der Zahl des Personals, die er hier angeführt hat, ist Personal enthalten, dessen unbedingte Forderung wir selbst verurteilt haben. Es ist darin Personal enthalten, das wir auf Verlangen anderer Rechtsämter einstellen müssen. Gutentgeltete Personen müssen wir entlassen, da wir bis gestern noch kein Geld von den Volksbeauftragten zugewiesen erhalten haben. (Hört, hört!) Alle diese Mittel wollte man benutzen, um den Volksgesundheitsrat zu drücken.

Landberg hat den Fall der Rheinisch-Westfälischen Großindustriellen angezogen. Er mußte wissen, daß der Volksgesundheitsrat nicht das geringste damit zu tun hat. Landberg meint, wir hätten in den ersten Tagen schon einen Zentralrat einberufen sollen. Es müßten doch erst einige Wochen vergehen, ehe überall Arbeiter- und Soldatenräte erwacht wären. Woher kommen denn die ungeheuerlichen Anschuldigungen gegen die Unwirtschaftlichkeit der Käte? Die kommen aus demselben Hause, in dem Landberg sitzt. (Hört, hört.) Es sind auch andere Schwandelschichten verbreitet, deren Ursprung auf die Wilhelmstraße deutet. Vorgefesselt wurde ein Flugblatt verbreitet, daß sich gegen die bestehenden Nachrichten der bürgerlichen Presse wandte. Das „Berliner Tageblatt“ tut gegeneinander, derartige Nachrichten stammten ja aus Wolffs Telegraphenbureau, das in den Händen der Unabhängigen lag. Kein Herr Scheidemann hat sich ernstlich bemüht, daß jemand von uns dahingeführt würde. (Zuruf von Scheidemann.) Wir mußten doch unsere Annahmen, die täglich verlangt wurden, durch das Wolffsbureau verbreiten lassen. Die rechtssozialistischen Blätter, in erster Linie der „Vorwärts“, führen seit Wochen die Unwirtschaftlichkeit mit unwahren Nachrichten irrt. Der „Vorwärts“ bringt Artikel aus dem „Berliner Tageblatt“, das von der alten Regierung gekauft worden ist und sich noch heute in diesen schmutzigen Händen befindet. Ebenso ist es mit „Hollands“, „Nieuws Buro“.

Als wir die Zentraluntersuchung schufen, haben uns auch die Volksbeauftragten Schwierigkeiten gemacht. Besonders eine Person, die ein ganz gefährliches Spiel getrieben hat. (Aufe: Name nennen!) Das ist Herr Scheidemann. (Scheidemann ruft: Sie sind nicht recht geistig. — Weiter!) Dann kam die Lüge, daß die Zentraluntersuchung vom Sportklubhunde beherrscht würde. Kein Wort war daran wahr. Die Junger wollten überhaupt keine politische Stellung nehmen, sondern sich nur technisch organisieren. Man hätte aber beinahe erreicht, daß sie wieder auseinandergegangen wären.

Am stärksten heßt der „Vorwärts“ gegen mich. Heute schrieb er: Richard L. — Wilhelm-Erbs. (Große Heiterkeit.) Der „Vorwärts“ mag ruhig weiterkämpfen, dadurch steigert er nur die Lächerlichkeit, die mir die Berliner Arbeiter entgegenbringen. (Lebhafter Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Wir haben, wider immer vergebens ein hartes Zufassen verlangt. Noch heute befinden sich in den wichtigsten Nachrichtenstellen des Auswärtigen Amtes und des Kriegsministeriums die gleichen Personen und Offiziere wie im Kriege. Von dort wird auch der Schwandel verbreitet, daß die Arbeiter- und Soldatenräte von der Fronte nicht anerkannt würden, und dagegen müßte der Volksgesundheitsrat einschreiten, auch wenn er dadurch mit den Volksbeauftragten in Konflikt geriet. Als ich im Juni 1918 mit einigen Gleichgesinnten die Arbeit begann, deren Früchte heute den Rechtssozialisten in den Schoß gefallen sind (Lebhafter Beifall bei dem Publikum), da wurde ich als Landesvertreter der Soldaten. Hätte man uns damals unterstützt, dann wäre 1918 schon das alte Regime beseitigt worden und es hätte heute nicht so trübselig in Deutschland aus. (Stürmischer Beifall bei einem Teil der Versammlung.) Wir haben den richtigen Weg gewiesen. Und die Zukunft wird lehren, wer jetzt auf dem richtigen Wege schreitet. (Erneuter Beifall.)

Schlusswort Dittmann.

Der Volksbeauftragte Dittmann führt in seinem Schlusswort aus: Die geistigen Mittelungen über die Konterrevolution haben tiefen Eindruck auf den Kongreß gemacht. Wenn gefragt wurde, was die Volksbeauftragten dagegen unternommen hätten, so erinnere ich an meine vorgestrichenen Ausführungen, wo ich sagte: Trotz unserer Maßnahmen kommen solche Dinge noch tagtäglich vor. Man sei wachsam, aber nicht überangenehm. Das Kriegsministerium hat Anweisung gegeben, das Einschreiten gegen die roten Abzeichen zu unterlassen. Wo Offiziere davor dagegen gehandelt haben, sind sie abgesetzt worden. Ich habe mich sofort mit Landberg verständigt, daß nach Schluß dieses Kongresses ein Kabinettsmitglied nach dem Westen fährt, um dort nach dem Rechten zu sehen. Wenn es noch reaktionäre Offiziere gibt, die glauben, daß das Proletariat nicht den Willen oder die Gewalt hat, sich zu behaupten, dann muß ihnen allerdings gezeigt werden, daß sie sich gründlich irren.

Nun zu dem Fall Loquis. Volksgesundheitsrat und Volksbeauftragte haben sich in gemeinsamer Sitzung über das Vorgehen beim Einmarsch der Truppen in Berlin verständigt. Die Volksbeauftragten haben mit dem General Loquis am Montag die Frage gründlich besprochen. Es wurde die Versicherung gegeben, daß niemand an Konterrevolution denke. Daronhin haben wir am späten Nachmittag die Beschlüsse gefaßt, deren Nichtmitteilung Ledebour gerügt hat. Wir konnten doch aber unmöglich am Sonntag schon Beschlüsse mitteilen, die wir erst am Montag abend gefaßt haben. Wenn wir den Volksgesundheitsrat Rechenschaft abgeben, aber wir müssen ihn doch nicht vor jedem Schritt um Erlaubnis fragen. (Lebhafter Beifall.) Einer der Beschlüsse war die Verdringung. Der Eid wurde abgenommen auf die einzige deutsche Republik und die gegenwärtige Regierung. Das sollte kein großer Akt sein, der für alle Zukunft die Truppenverdringung regelt. Der Volksgesundheitsrat war nur aber einmal, ob mit Recht oder mit Unrecht, bei den Truppen ohne Autorität, und darum hätte eine Verdringung auf ihn nicht die gewünschten Wirkungen hervorzurufen können. (Lebhafter Beifall.) Die Verdringung wurde auch einstimmig beschlossen. (Hört, hört!) Dieselben Vorwürfe, die Ledebour hier erhebt, hat er in gleicher Weise in einer gemeinsamen Sitzung des Volksgesundheitsrats und der Volksbeauftragten vorgebracht, und dort den Antrag gestellt, daß Ebert auszuweisen sei. Die 33 Mitglieder des Volksgesundheitsrats hatten über diesen Antrag abgestimmt und dabei haben nur fünf für den Antrag gestimmt. (Hört, hört!)

Ich habe den Eindruck, daß sich durch unsere Verhandlungen hier allgemein die Auffassung geändert hat, daß es notwendig ist, jetzt gemeinsam — Regierung, Zentralrat und Arbeiterräte im Lande — den Militär auf die Finger zu setzen und Vorlesungen zu treffen, um jeden konterrevolutionären Putsch im Keime zu ersticken. (Bravo.) Bei der Neubefehlung des Kriegsministeriums muß auch auf diese Situation Rücksicht genommen werden. Wenn ein Teil der Offiziere die weitere Mitarbeit verweigern sollte, würden wir das in Kauf nehmen müssen. So notwendig brauchen wir die Offiziere jetzt nicht mehr.

Wenn Ledebour mir vorwirft, ich hätte nichts von dem gesagt, wie die Revolution entstanden ist, so muß ich sagen, meine Aufgabe als Reichsminister war es nicht, eine Vorgeschichte der Revolution zu geben. Über die Frage, ob der Zeitpunkt für die Revolution der geeignete sei, war auch Karl Liebknecht anderer Meinung. Aber ich meine, solche internen Dinge gehören in die Öffentlichkeit gar nicht hinein. (Zustimmung.)

Bei der Nationalversammlung ist man sich vielfach klar darüber, daß es sich um ein Parlament handelt, das nur zu dem einen Zweck gewählt wird, um das zukünftige Grundgesetz für das Deutsche Reich festzulegen. Da hat das deutsche Proletariat über alle Parteigegensätze hinweg die Pflicht, alle Kraft zusammenzufassen, um in diesem Grundparlament die Errungenschaften der Revolution zu sichern. (Stürmischer Beifall, vereinzelter Widerspruch.) Ich bin noch heute der Auffassung, daß die Krisenpolitik der Reichssozialdemokratie falsch gewesen ist. Ich hätte mehr wie jeder andere ein Recht, das Verbitterung und Verärgerung missprechen zu lassen. Aber wer in großen politischen Situationen mitreden will, muß solche Dinge aussprechen. (Stürmischer Beifall.) Wenn zwei getrennte Gruppen des deutschen Proletariats da sind, handelt es sich darum, daß die Gruppen zusammenkommen. (Stürmischer Beifall bei der Rede, heftige Zwischenrufe von Ledebour. — Erneuter Widerspruch.) Die Auffassung von Ledebour halte ich für falsch, der erst das Volk aufzuklären will, daß die Politik der Unabhängigen während des Krieges die richtige war. In der kurzen Zeit bis zu den Wahlen ist es unmöglich, diese Aufklärung vorzunehmen. Wir müssen rechnen mit der Masse des Volkes, wie sie ist, nicht wie wir sie haben wollen. (Sehr richtig.) Ich finde mich in voller Uebereinstimmung mit August Bebel, der einmal über die Rolle der Massen und Führer in der großen französischen Revolution gesprochen hat. Er sagt die Führer sind unter solchen Umständen nicht Werkzeuge, nicht Maden. (Der Redner zitiert einen längeren Teil der Bebel'schen Ausführung.) Wir Führer haben uns bewußt zu sein, daß wir nicht die Schieber, sondern die Gefährten der Massen sind. Deshalb betone ich zum Schluß: Hier steht jetzt die Klasse gegen die Klasse, ist nicht die Klasse gegen die Klasse, hier Sozialismus. Die proletarischen Massen müssen bei den Wahlen zur Nationalversammlung gemeinsam den Kampf gegen den Kapitalismus führen. Dann werden wir überleben können: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Stürmischer Beifall bei der großen Mehrheit.)

Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Scheidemann erklärt: Richard Müller hat sein Schlusswort geradezu kräftig mißbraucht, um neue Anklagen zu erheben. Ich soll mich bemüht haben, die Organisation der Zentraluntersuchung zu erschlagen. Das Gegenteil davon ist wahr. Der Volksgesundheitsrat hat in das W. L. G. einen Mann gesetzt, der unsere Telegramme kontrollieren soll. Doggen mußten wir Einspruch erheben.

Volksgesundheitsrat Landberg: Müller hat selbst zugegeben, daß er Vollmachten ausgehändigt hat, ohne sie gelesen zu haben. Er hat sich also schärfen kritisiert als ich ihn.

Ledebour: Dittmann hat jetzt erklärt, die Truppen wären auf die Regierung verdrängt worden, weil der Volksgesundheitsrat nicht gewiesen wäre. Das ist ja gerade die Hauptursache der Volksbeauftragten, die systematisch darauf hingearbeitet haben. (Lärm.) Der Vorsitzende Leinert erklärt das nicht für eine persönliche Bemerkung. Als Ledebour darauf Dittmanns Ausführungen über die Vorgeschichte der Revolution richtig stellen will, wird er wiederum vom Vorsitzenden unterbrochen. Ledebour wendet sich darauf gegen den Vorsitzenden und erregt ihn, ihn nicht in so sinnloser Weise fortgesetzt zu unterbrechen. — Der Vorsitzende Leinert vertritt sich diesen Ausdruck. Als Ledebour darauf fortfährt, Dittmanns Behauptungen als unwahr nachzuweisen, erwidern aus der Versammlung laute Schreie, die der Vorsitzende rügt. Ledebour erklärt, daß noch niemals ein Reichstagspräsident die persönlichen Bemerkungen so einschränkt hätte, wie der Vorsitzende. Er verbitte sich die Unterbrechungen des Vorsitzenden und die Vergewaltigungsversuche der Versammlung. Der Vorsitzende Leinert bemerkt: darauf: Vergewaltigen Sie nicht die Geschäftsordnung!

Ledebour fährt fort: Dittmann hat seine Ausführungen nur gemacht, um seine gegenwärtige Reichsweizungspolitik zwischen den sozialistischen Parteien zu rechtfertigen. Dittmann behauptet, daß Ledebour ihn permanent mißverstanden hat. (Heiterkeit.)

Vorsitzender Leinert stellt die Bildung einer Fraktion der Gewerkschaften revolutionären Arbeiter und Soldaten mit. Außerdem ist eine Deputation der Eisenbahner erschienen, mit der im Ministerialrat verhandelt werden wird.

Darauf tritt eine zweistündige Mittelpause ein. Um 4 1/2 Uhr wird die Versammlung durch den Vorsitzenden Leinert wieder eröffnet. Er verliest zunächst eine Erklärung von Richard Müller, bezuglich der Angelegenheit Marins. Danach ist der Stadtkommandant Wels von der Tätigkeit Marins, die sich nur auf 2 bis 3 Tage erstreckt hat, nicht informiert gewesen. Marins ist auch nicht mit Willen Wels' freigelassen, sondern von einem Offizier, der im hiesigen Marins behandelt hat. Wels hat sofort alle Schritte für Wiederhaftung Marins getan.

Es folgt darauf die Abstimmung über sämtliche zu Punkt 1 eingebrachten Anträge.

Der Antrag Lemné: Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands erklärt, daß die Tätigkeit der Volksbeauftragten auf eine interimsische Verdringung der Wache der Arbeiter- und Soldatenräte hinausläuft und dadurch der Etablierung der Gegenrevolution dient — wird gegen eine sehr kleine Mehrheit abgelehnt.

Folgender Antrag Kochen-Halle wird dem Volksgesundheitsrat überwiesen: Um für die Pressefreiheit allen Veröffentlichungen die ökonomischen Voraussetzungen gleichmäßig sicherzustellen, müssen den sozialistischen industriellen Metallfabriken Beschränkungen ihres ökonomischen Uebergewichts auferlegt werden. Es soll mit Geheißkraft verfahren werden, daß Herabsetzung von Lohnleistungen in ihrer Geschäftsführung unter Reichskontrolle stehen und daß ihnen nur noch 4 v. H. Verzinsung ihres Anlagekapitals pro Jahr zusteht und zwar mit Rückwirkung für das laufende Geschäftsjahr. Jeder höhere Niederschlag der Reichsfinanzen verfallen.

